

# Auer Tageblatt

## Beilage für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tagesblatt Auer Erzgebirge. Fernsprecher 63. Für unerlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 221

Sonnabend, den 21. September 1918

13. Jahrgang

## Die Großkämpfe an der Front.

Vergebliche Durchbruchversuche der Feinde. — Die jüngsten feindlichen Fliegerangriffe auf deutsche Städte. Feindliche Fliegerverluste. — Admiral Behnke stellvertretender Chef des Reichsmarineamts. — Ein Protest der Ukraine gegen die Gewalt Herrschaft der Bolschewiki. Glückliche Folgen des Berliner Besuchs des Hetmans der Ukraine. — Die deutschen Bischöfe für den Frieden. Die deutsche Antwort auf Burians Friedensnote.

### Neue Umtriebe in Rumänien.

Ueber die Lage und Stimmung in Rumänien erzählt die „Nord. Allg. Ztg.“ folgendes:

Die neulich berichtete Aeußerung des Ministerpräsidenten Marghiloman in der Kammer, daß die Verzögerung der Ratifikation des Bukarester Friedens nicht an den Mächten des Verbundes liege, trifft vollkommen zu. In der Tat steht es nur in der Hand Rumäniens, die Vorbedingungen der Ratifikation zu erfüllen, die in gewissen einzelnen Verpflichtungen bestehen, wie sie beim Friedensschluß vereinbart wurden. Sobald dies geschehen ist, ist kein Hindernis mehr gegeben. Es scheint jedoch, daß gewisse Kreise in Rumänien in der Hoffnung leben, durch Verschleppung der Ratifikation des Friedens um diesen selbst herumkommen zu können. In Jassy und dem nicht besetzten Teil des Landes, wo die Entente-Einflüsse immer noch sehr groß sind, ist wohl auch unter dem Eindruck der übertriebenen und tendenziös ausgeschlachteten Kriegsnachrichten der letzten Zeit, eine Stimmung in die Gänge geschossen, die man vom Standpunkt einer ruhigen und friedlichen Entwicklung Rumäniens, wie sie das Programm der Regierung Marghiloman ist, nur bedauern kann. Die Agitation geht auf nichts weniger als auf erneuten Anschluß Rumäniens an die Entente und auf eine neue Kriegserklärung an die Mittelmächte. Wie im Sommer 1918, reizt eine skrupellose Propaganda die Massen auf und spiegelt dem Volk vor, die Stunde Rumäniens sei nun gekommen, um an der Seite der Entente alles Verlorene und noch mehr dazu wiederzugewinnen. Als die Seele der Bewegung ist die Königin anzusehen, die aus ihren ja bekannten Sympathien und Neigungen kein Hehl macht. Der König hält sich zwar äußerlich zurück, wie er es ja auch im Sommer 1918 getan hat; aber es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß er im gegebenen Falle wie damals dem Druck und wahrscheinlich nicht ungern, weichen würde. Der Kronprinz dagegen kommt, wenigstens zurzeit, als Faktor der ententefreundlichen Bestrebungen nicht in Betracht, da er sich aus privaten Gründen gänzlich zurückgezogen hat und nicht in Rumänien weilt.

Der Regierung Marghiloman erwächst angesichts dieser gefährlichen Treiber eine schwere Verantwortung. Die Kammer ist auf der Plattform des Bukarester Friedens gewährt und hat sich mehrfach für das Regierungsprogramm ausgesprochen, das in der inneren Politik eine moralische Erneuerung des Landes, in der äußeren die Rückkehr zur Tradition des Königtums, d. h. zum Anschluß an die Mittelmächte, proklamiert. Die gefährdete Bewegung versucht im Gegenteil die Wiedererlangung der liberalen Parteilichkeit, die den Brüdern Brattianu wieder die Allmacht der Korruption verschaffen würde, und die Wiederannahme der phantastischen Großmachtspolitik, die Rumänien schon einmal an den Rand des Verderbens gebracht hat. Nur ein fester Zusammenschluß aller vernünftigen und durch die schlechten Erfahrungen gemäßigten Elemente und Parteien kann es verhindern, daß die Bewegung ihren Herd in der Moldau überschreitet, auf das besetzte Gebiet übergreift und Einfluß auf die leicht entzündbaren Massen gewinnt. Die Mittelmächte, deren im Bukarester Frieden niedergelegte maßvolle Balkanpolitik durch die Agitation bedroht wird, haben rechtzeitig ihr Augenmerk auf die in Rumänien vor sich gehende Entwicklung gerichtet, so daß sie nicht überrascht werden können. Ihre Interessen sind völlig gleichgültig; die Ruhe, die sich die österreichisch-ungarische Monarchie im Bukarester Frieden gegen den nach Eroberungen lästernen südlichen Nachbarn hat sichern können, wird durch die unruhigen und ententefreundliche Bewegung in Rumänien ebenso sehr bedroht, wie die Befreiung des Hebergebiets Bulgariens auf dem Balkan und die Rückgabe der Dobrußa an Rumänien ausgeprochene Ziele derselben sind. Selbstverständlich hat Deutschland in der Aufgabe der Wahrung und Vertiefung des unruhigen Friedens vollkommen auf der Seite seiner Bundesgenossen. Es ist zu hoffen, daß die Regierung Marghiloman von sich aus in der Lage ist, den rumänischen Staat in der Richtung weiterzuführen, welche die klare Voraussetzung der Verhandlungen war, zu denen sich der Verbund nach der völligen Niederlage Rumäniens in diesem Kriege bereit erklärte.

### Der heutige amtliche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 21. September.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht von Bayern. Westlich von Werthem wurde ein deutscher Teilangriff abgewiesen. Keine Erkundungstätigkeit zwischen Lys und Scarpe. Bei Abwehr englischer Bataillone, die nördlich von La Bassée vorstießen, machten wir 50 Gefangene.

Heeresgruppe Generaloberst v. Boehn. Zwischen Bouzoncourt und der Somme zeitweilig starke Artilleriekämpfe. Ein englischer Teilangriff nordwestlich von Villerscourt scheiterte vor unseren Linien. Südlich der Somme nahmen wir noch weit vor der Stellung gelassene Vortruppen aus dieser Linie zurück und räumten somit an Epéhy-Grand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Zwischen Wauwillemon und Jony folgten am Abend nach heftigem Feuer feindliche Angriffe. Auf dem Höhenrücken westlich von Jony sah der Feind Fuß. Im übrigen wurde er abgewiesen.

Bei den Heeresgruppen Gallwitz und Albrecht keine besondere Geschießstätigkeit.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Die Wiener „Neue Freie Presse“ bespricht diese Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und sagt: Die Mittelmächte sind einig in dem festen Willen, den Bukarester Frieden aufrecht zu erhalten und keine Treiber zu dulden, die den Osten wiederum in Flammen setzen. Rumänien habe allen Grund, den Ernst dieser Warnungen zu bedenken.

Das rumänische Regierungsblatt „Steaua“ veröffentlichte vor einigen Tagen einen Artikel betitelt „Das morgige Europa“, in dem es u. a. heißt: Diejenigen, die auch heute wie im September 1914 aus einem im großen Stille durchgeführten Rückzuge von der Warne auf Erziehung deutscher Kräfte schließen, beweisen, daß sie nichts von der großen Tragödie verstehen, der sie beigewohnt haben. Deutschland kann niemals derartig geschwächt werden, daß durch das Vordringen der englisch-französisch-amerikanischen Kräfte die deutschen Armeen ruiniert werden. Die vollkommene Erkenntnis der augenblicklichen Lage des Weltkrieges und die Außerachtlassung der bestehenden Faktoren der Probleme der rumänischen äußeren Politik haben Rumänien in den Krieg geführt, dessen Ergebnis nur vernichtend sein konnte. Selbst wenn es den Rumänen nicht gelungen wäre, das rumänische Heer aufzuhalten und zu besiegen, hätte Rumänien einen grundlegenden politischen Fehler begangen und seine Existenz gefährdet. Oesterreich-Ungarn ist ein durch die Natur vorgeschriebener Staat, der das Zusammenleben aller kleinen Völker im Zentrum Europas gewährleistet. Die Zerstückelung Oesterreichs würde Tod und spurloses Verschwinden dieser kleinen Völker bedeuten. Das Bestehen und die Stärkung Oesterreich-Ungarns ist die Existenzbedingung des rumänischen Staates. Im Rahmen des morgigen Europas bleibt Rumänien nicht anderes übrig, als durch Kampf und Arbeit das Vertrauen der Mittelmächte wiederzuerlangen, um die Rolle wiederzugewinnen, zu der seine natürliche Lage es verpflichtet. — Wegen dieser Artikels richtete der oppositionelle Abgeordnete Cuga in der Kammer an den Ministerpräsidenten eine Anfrage. Marghiloman antwortete: Der Artikel vertritt die Ansichten der Regierung, die glaubt, daß die Annäherung Rumäniens an die Mittelmächte keine Übertretung der Neutralität, sondern eine durch Rumäniens geographische Lage vorgeschriebene Notwendigkeit ist.

### Graf Burians Konferenzvorschlag.

Deutschlands Antwort auf Burians Note.

Die gestern durch den kaiserlichen deutschen Botschafter in Wien überreichte deutsche Antwort auf die Friedensnote der k. und k. österreichischen Regierung hat folgenden Wortlaut:

Der unterzeichnete kaiserliche Botschafter beehrt sich, auf die sehr geschätzte Note des k. und k. Ministeriums des k. und k. Hauses und des Außenworts vom 14. d. M. folgendes zu erwidern:

Die Aufforderung der k. und k. Regierung an alle kriegsführenden Staaten zu einer vertraulichen, unverbindlichen Aussprache in einem neutralen Lande über die Prinzipien eines Friedensschlusses entspricht dem Geiste der Friedensbereitschaft und Versöhnlichkeit, den die verantwortlichen Staatsmänner des Verbundes und die berufenen Vertreter der verbündeten Völker immer wieder bekundet haben. Die Wünsche, die früher ähnliche Schritte bei unseren Vorgesetzten fanden, ist nicht ermutigend. Die kaiserliche Regierung begleitet aber den neuen Versuch, die Zeit der von ihr ersehnten gestörten und dauernden Friedensnäherzubringen, mit dem aufrichtigen und wärmsten Wunsch, daß die von diesem Verantwortungsgefühl und hoher Menschlichkeit eingegebenen Darlegungen der k. und k. Regierung diesmal den erhofften Widerhall finden mögen.

Im Namen der kaiserlichen Regierung hat der Unterzeichnete die Ehre, zu erklären, daß Deutschland bereit ist, an dem vorgeschlagenen Gedankenaustausch teilzunehmen.

Willys Antwort.

Der schwedische Gesandte in Wien hat im Auftrage seiner Regierung dem österreichisch-ungarischen Ministerium des Aeußeren den Text der Antwort der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika auf die Note der österreichisch-ungarischen Regierung vom 14. September zur Kenntnis gebracht, welche der schwedische Gesandte in Washington dem Ministerium des Auswärtigen in Stockholm übermittelt hat. Der Text dieser Antwort lautet:

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Zuschrift vom 16. September zu bestätigen, mit welcher mir eine Note der österreichisch-ungarischen Regierung mitgeteilt wurde, die einen Vorschlag an die Regierungen aller kriegsführenden Staaten enthält, dahingehend, diese mögen die Delegierten zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses senden. Hierbei wurde vorgeschlagen, die Delegierten zu beauftragen, einander die Auffassung ihrer Regierungen über jene Prinzipien zur Kenntnis zu bringen, analoge Mitteilungen entgegenzunehmen, sowie offene und freimütige Erklärungen über alle jene Punkte zu erbitten und zu erteilen, die einer Verständigung bedürfen. In Erwiderung hierauf beehre ich mich, mitzutheilen, daß der Inhalt Ihrer Mitteilungen dem Präsidenten vorgelegt worden ist, welcher mich beauftragt, Ihnen bekanntzugeben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten auf die Anregung der österreichisch-ungarischen Regierung nur eine Antwort erteilen zu können glaubt. Sie hat wiederholt und mit vollem Freimuth die Bedingungen festgestellt, unter welchen die Vereinigten Staaten einen Friedensschluß in Erwägung ziehen würden. Sie kann und will sich mit keinem Konferenzvorschlag über eine Angelegenheit befassen, hinsichtlich welcher sie ihren Standpunkt und ihre Absichten so klar dargelegt hat. Danzig.

Die „freimütigen Bedingungen“, die Wilsons Regierung schon oft kundgegeben hat, sind niemals besser charakterisiert worden, als von dem Stockholmer „Östrablad“. Mit Recht heißt es dort, daß Wilsons 14 Punkte vortrefflich geeignet erscheinen, jede Friedenserörterung unmöglich zu machen. Es darf auch darauf hingewiesen werden, daß der Reichskanzler dieses Wilsons-Programm sehr ausführlich besprochen hat, — eine Antwort aus Amerika auf diese Kanzlerrede ist ausgeblieben. Warum? Weil Wilson sein Programm nicht aufgestellt hat, um damit eine Basis zur Erörterung des Friedens zu schaffen, sondern lediglich, um den Krieg nach Belieben verlängern zu können. Daher Forderungen, wie die einer Abstimmung der Kolonialräte, die im übrigen und ohne daß Wilson dagegen etwas einzuwenden gehabt hätte, schon dadurch gegenstandslos

Abgabegebühr für die (jedoch) geschilderte Postkarte oder sonstigen Briefe für Rumänien aus dem Haupt-Quartier der k. und k. österreichisch-ungarischen Regierung in Wien, am 21. September 1918. Bei größeren Abgaben an den k. und k. österreichisch-ungarischen Botschafter in Wien, am 21. September 1918. Die Postkarte ist zu adressieren an: Tagesblatt Auer Erzgebirge, Postfach 63, Auer, Erzgebirge.

ng.  
nehmen der  
von Privat-  
nicht öffent-  
irfere Straf-  
n 150 M.  
annschaft  
alt!  
tag!  
.  
ungen  
kehr.  
=er  
a.  
en  
Erzg.  
her  
Aue.  
en  
geb.  
en,  
innen  
Aue.  
en  
br.,  
stitut  
en.